



Bericht

E-Government-Umfrage bei ZH Gemeinden und Direktionen des Kanton Zürichs

01. Dezember 2009

Kontakt: Markus Jufer (markus.jufer@sk.zh.ch)

Referenzierte Dokumente		
Bezeichnung	Autor	Datum
Verwaltung und E-Government	gfs, Bern	08/2008
Kanton Zürich – Gemeinsame Web-Plattform für Kanton und Gemeinden?	Nigg, M. und Salzmann, M.	2006
E-Government-Strategie des Kantons Zürich 2008–2012	SE/RR	10.09.2008
Medienmitteilung des Regierungsrates http://www.sk.zh.ch/internet/sk/de/mm/2008/176-4.html	RR	03.07.2008

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	3
1. Einführung	4
2. Ziel der Umfrage	4
3. Untersuchungsdesign, Methodik	5
3.1. Umfrage Zürcher Gemeinden	5
3.1.1. Die Datenerhebung	5
3.1.2. Gemeindestrukturen.....	5
3.2. Umfrage Direktionen Kanton Zürich	5
4. Umfrageresultate	6
4.1. Umfrage Zürcher Gemeinden	6
4.1.1. E-Government-Strategie	6
4.1.2. Organisation – Regelung der E-Government Verantwortlichkeiten	6
4.1.3. Standardsoftware	6
4.1.4. Notwendigkeit E-Gov-Regelung	7
4.1.5. Regelungsbereiche	8
4.1.6. Handlungsbedarf/Problembereiche	8
4.1.7. Ausbaubereiche	9
4.1.8. Bestehende Online-Angebote (Information, Interaktion, Transaktion)	9
4.2. Umfrage Direktionen Kanton Zürich	11
4.2.1. Notwendigkeit E-Gov-Regelung	11
4.2.2. Regelungsbereiche	11
4.2.3. Handlungsbedarf	12
4.3. Vergleich der Resultate und Fazit.....	13
Anhang	14

Management Summary

Im September 2008 hat der Regierungsrat die E-Government-Strategie des Kantons Zürich 2008-2012 festgesetzt. Die Zusammenarbeit mit und zwischen den Städten und Gemeinden ist zu fördern und in geeigneter Form (Vereinbarung, Gesetz) zu regeln. Zwischen der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden besteht derzeit *keine formelle Vereinbarung zur E-Government-Zusammenarbeit*. Mittels einer E-Government-Umfrage bei Zürcher Gemeinden den Direktionen des Kantons Zürich sollte in Erfahrung gebracht werden, wie es um den Regelungsbedarf betreffend E-Government-Zusammenarbeit bei den Zürcher Gemeinden sowie beim Kanton Zürich steht.

Regelung der E-Government-Zusammenarbeit wird mehrheitlich als notwendig erachtet

Eine Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter der Zürcher Gemeinden wie auch der Direktionen des Kantons Zürich erachtet eine Regelung der E-Government Zusammenarbeit als notwendig. Übereinstimmung zwischen Gemeinden und Kanton besteht zudem bezüglich der Bereiche, welche in einer Zusammenarbeitsvereinbarung prioritär geregelt werden sollten: Es sind dies insbesondere die Bereiche *Verantwortlichkeiten und Angebote*. Von den Gemeindevertreterinnen und –Vertretern ähnlich hoch gewichtet ist der Bereich *Finanzierung*.

Zukünftiger Handlungsbedarf wird in den Bereichen Koordination und Standards sowie elektronische Unterschrift gesehen

Den grössten Handlungsbedarf in den nächsten zwei Jahren betreffend der E-Government-Zusammenarbeit zwischen Kanton und Zürcher Gemeinden sehen sowohl Gemeindevertreterinnen und –vertreter, als auch Vertreterinnen und Vertreter der Direktionen in den Bereichen *Koordination und Standards und elektronische Unterschrift*. Während die Gemeinden den Kostenbereich als weiteren kritischen Bereich betrachten, sieht die Kantonsseite beim Bereich *Datenschutz* zukünftigen Handlungsbedarf.

Lediglich wenige grössere Zürcher Gemeinden besitzen eine E-Government-Strategie

Der Grossteil der Zürcher Gemeinden (rund 90%) besitzt keine eigene E-Government-Strategie. Bei den Zürcher Gemeinden bis 2000 Einwohner sind E-Government-Strategien gänzlich inexistent.

Hoher Verbreitungsgrad von Informationsdienstleistungen – grosses Potenzial bei Transaktionsdienstleistungen in Zürcher Gemeinden

Diverse Informationsdienstleistungen (z.B. *Liste der Vereine und Kontaktpersonen* oder *Entsorgungskalender*) sind bei einer Mehrheit der Gemeinden aufgeschaltet. Anders zeigt sich die Situation bei möglichen Transaktionsdienstleistungen - diese sind auf der Ebene der Gemeinden wenig umgesetzt.

Damit Transaktionsdienstleistungen auf breiter Ebene und mit vertretbarem Aufwand realisiert werden können, braucht es verstärkte Koordination in der Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton und Gemeinden, Standardisierung, klarere Regeln und den Durchbruch bei der elektronischen Unterschrift.

1. Einführung

Die meisten Interaktionen zwischen Bevölkerung und Behörden finden auf kommunaler Ebene bei den Gemeinden statt, wobei das Erbringen der Dienstleistungen für die Bevölkerung jedoch in den meisten Fällen einer engen Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden bedarf. E-Government-Lösungen setzen genau dort an und dienen der Gestaltung und Unterstützung von Beziehungen und Prozessen zwischen Bevölkerung und der Verwaltung, zwischen Unternehmen und der Verwaltung wie auch zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen.

Heute bestehen Gemeinde- und Kantons-Websites noch immer oft aus einer Abbildung der organisatorischen Verwaltungsstrukturen, welche zudem selten über die statische Informationsvermittlung hinaus geht und kaum mehr als den Download von Formularen anbietet. Studien und Umfragen zeigen auf, dass sich diese elektronischen Dienstleistungen in Richtung Transaktionen weiterentwickeln müssen, wodurch insbesondere die technische Komplexität stark zunehmen wird. Insbesondere kleine Gemeinden sind aus Ressourcengründen auf Kooperationslösungen angewiesen, damit sie die Informations- und Kommunikationstechnologie nutzbringend einsetzen können.

Im September 2008 hat der Regierungsrat die E-Government-Strategie des Kantons Zürich 2008-2012 festgesetzt. Im Vordergrund stehen dabei folgende Bereiche: der interne Geschäftsverkehr, der Amtsverkehr mit der Bevölkerung, der Wirtschaft und anderen Behörden sowie die Optimierung des Informationsangebots. Einer der Handlungsschwerpunkte ist der Ausbau des elektronischen Amtsverkehrs mit anderen Behörden, dem Bund und insbesondere mit den Gemeinden. Die Zusammenarbeit mit und zwischen den Städten und Gemeinden ist deshalb zu fördern und in geeigneter Form (Vereinbarung, Gesetz) zu regeln. Zwischen der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden besteht derzeit *keine formelle Vereinbarung zur E-Government-Zusammenarbeit*.

Das Projekt *E-Government-Zusammenarbeit Zürcher Gemeinden und Kanton Zürich* hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen kantonalen und Gemeindebehörden sowie unter Gemeindebehörden im Bereich E-Government zu fördern und ggf. zu regeln.

2. Ziel der Umfrage

Im Rahmen des Projektes *E-Government Zusammenarbeit Zürcher Gemeinden und Kanton Zürich* wurde anlässlich der Arbeiten der Arbeitsgruppen definiert, dass aktuelle E-Government-Lösungen sowie bestehende Bedürfnisse im Bereich E-Government im Kanton Zürich eruiert werden sollen. Überdies sollte in Erfahrung gebracht werden, wie es um den Regelungsbedarf betreffend E-Government-Zusammenarbeit bei den Zürcher Gemeinden sowie beim Kanton Zürich steht. Zu diesem Zwecke führte die Stabsstelle E-Government zwei Umfragen durch:

1. Umfrage bei den Zürcher Gemeinden mit insgesamt 11 Fragen
2. Umfrage bei den Direktionen des Kantons Zürich mit insgesamt 4 Fragen

3. Untersuchungsdesign, Methodik

3.1. Umfrage Zürcher Gemeinden

3.1.1. Die Datenerhebung

Die Daten stammen aus einer vom 27. Juli 2009 bis 04. September 2009 durchgeführten elektronischen Befragung der Zürcher Gemeinden. Alle 171 Zürcher Gemeinden wurden Mitte Juli 2009 betreffend der Umfrage informiert: Die Gemeindepräsidenten erhielten einen Brief (Adressmaterial GPV), welcher sie über die bevorstehende Umfrage informierte; danach wurde eine E-Mail an die Gemeindegliederinnen und Gemeindeglieder gesandt (Adressmaterial VRSG). Die E-Mail enthielt einen Link zum elektronischen Fragebogen (Fragebogen vgl. Anhang). 119 Gemeindevertreterinnen und –vertreter (4 von 5 Antworten stammen von Gemeindegliederinnen und –glieder; vgl. Frage 11) beantworteten die Fragen innerhalb des definierten Zeitrahmens. Die Rücklaufquote beträgt 70 Prozent.

3.1.2. Gemeindestrukturen

Die heutige Einteilung des Kantons Zürich in politische Gemeinden stammt aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie hat sich seither kaum verändert, obwohl grosse gesellschaftliche und räumliche Entwicklungen stattgefunden haben. Der Kanton Zürich weist einen beträchtlichen Anteil an kleinen Gemeinden auf: 60 der insgesamt 171 Gemeinden zählen weniger als 2'000 Einwohnerinnen und Einwohner (vgl. Gemeindeamt KTZH).

Aufgrund der heterogenen und relativ kleinräumigen Struktur des Kantons Zürich wurden die Resultate der Umfrage nach *Gemeindegrossenklassen* differenziert. Die Klassen wurden nach der Einteilung des BfS (Definition VZ 2000) erstellt.

	Einwohnerzahl	Anzahl Gemeinden	Prozentsatz
I	1-500	7	4%
II	501-1000	26	15%
III	1001-2000	27	16%
IV	2001-5000	53	31%
V	5001-10000	31	18%
VI	10001-50000	26	15%
VII	ab 100000	1	1%

Gemeindegrossenklassen nach BfS Definition VZ 2000

3.2. Umfrage Direktionen Kanton Zürich

Die Daten stammen aus einer vom 13. Juli 2009 bis 04. September 2009 durchgeführten elektronischen Befragung der Direktionen des Kantons Zürich. Alle sieben Direktionen wurden Mitte Juli 2009 betreffend der Umfrage informiert: Die Direktionen erhielten einen Brief, welcher sie über die bevorstehende Umfrage informierte mit einem Link zum elektronischen Fragebogensdokument (Fragebogen vgl. Anhang). Alle sieben Direktionen beantworteten die Fragen innerhalb des definierten Zeitrahmens.

4. Umfrageresultate

4.1. Umfrage Zürcher Gemeinden

4.1.1. E-Government-Strategie

Der Grossteil der an der Befragung teilnehmenden Zürcher Gemeinden (rund 90%) besitzt keine eigene E-Government-Strategie. Bei den Zürcher Gemeinden bis 2000 Einwohner sind E-Government-Strategien gänzlich inexistent.

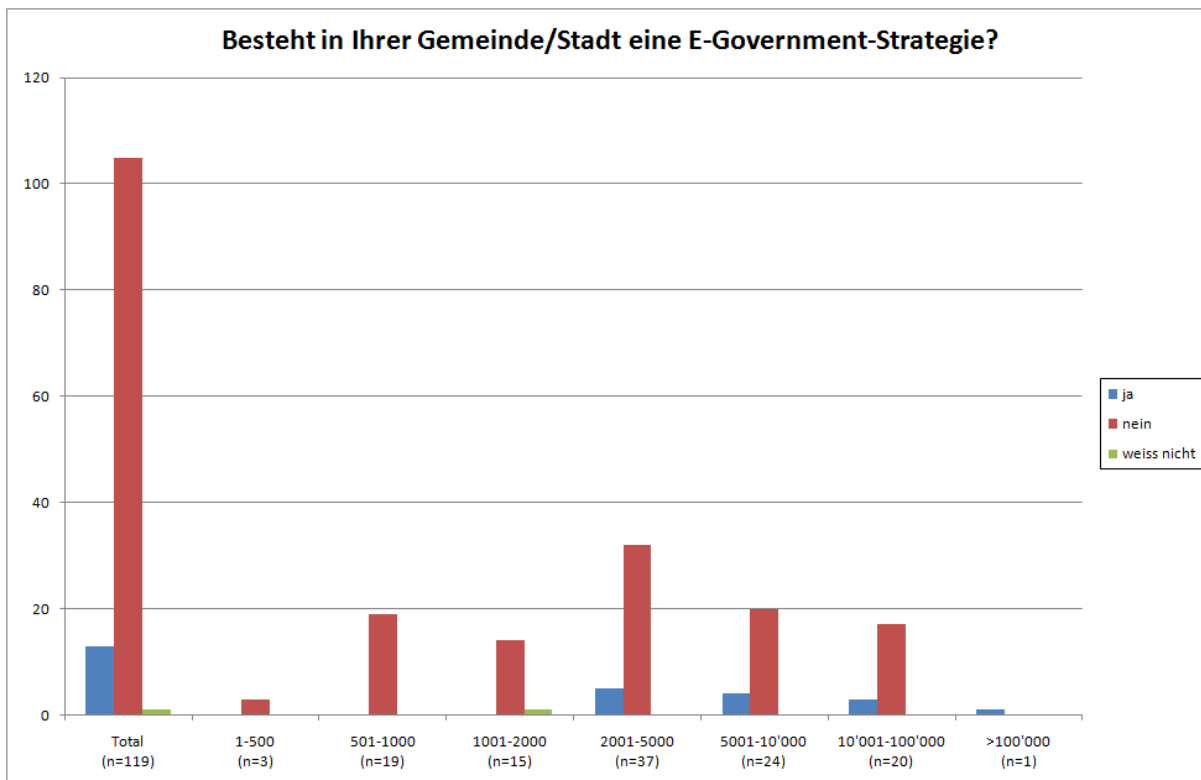


Abb. 1: E-Government-Strategie

Zürcher Gemeinden mit einer E-Government-Strategie (n=13) haben diese in rund 60% der Fälle in Anlehnung an die E-Government-Strategie des Kantons Zürich erstellt.

4.1.2. Organisation – Regelung der E-Government Verantwortlichkeiten

Rund ein Drittel der Zürcher Gemeinden regelt die Verantwortlichkeit für den E-Government Bereich explizit (z.B. durch Delegation des E-Government-Aufgabenbereiches an Gemeindevorsteher/in oder EDV-Verantwortliche/r). Je grösser die Zürcher Gemeinde ist, desto eher besteht eine eigens für E-Government eingerichtete Organisationseinheit.

4.1.3. Standardsoftware

Die am häufigsten bei den Zürcher Gemeinden eingesetzten Standard-Softwarepakete sind jene der VRSG (32%), gefolgt von Produkten der Firma nest (24%) und der Firma Ruf Informatik (22%); keine Angabe (12%) sowie weitere Software (10%).

Kleinere Gemeinden (bis 2000 EW) setzen eher die Softwarepakete der Firma Ruf ein; Gemeinden mit 2001-5000 Einwohnern verwenden Produkte der Firma VRSG; Gemeinden mit über 10'001 Einwohner verwenden vermehrt Software der Firma nest.

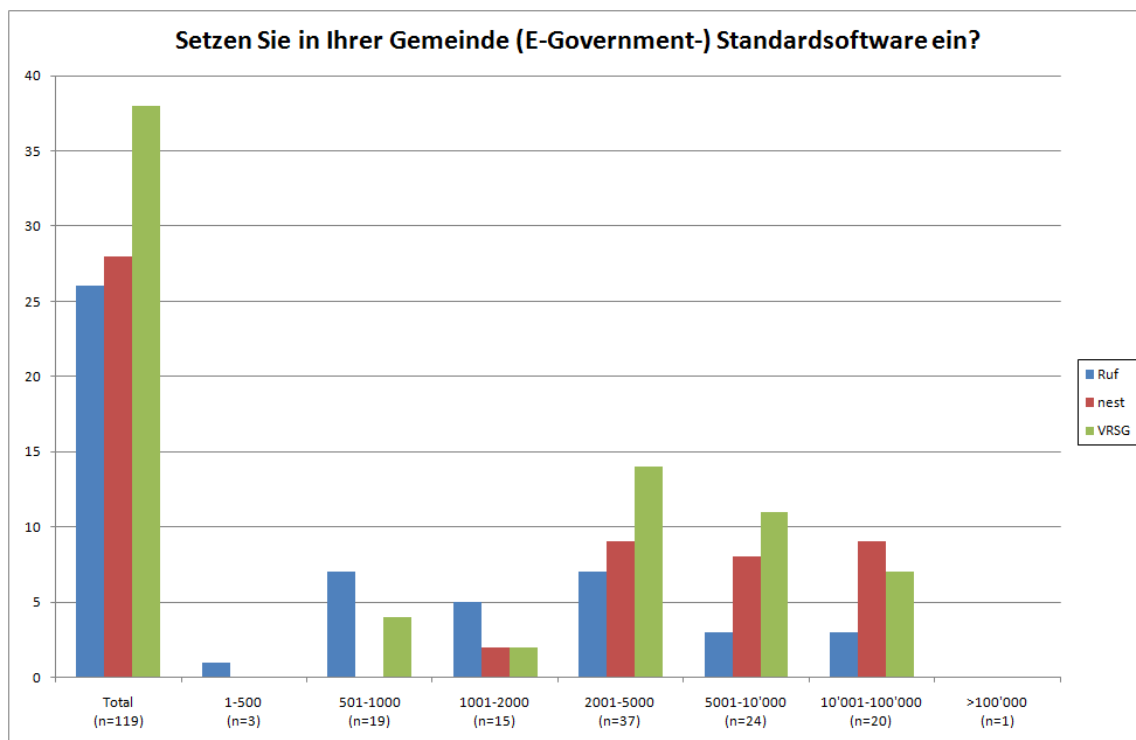


Abb. 2: Einsatz von Standardsoftwarepaketen

4.1.4. Notwendigkeit E-Gov-Regelung

Eine Mehrheit der Zürcher Gemeinden (61,3%) erachtet eine Regelung der E-Government Zusammenarbeit zwischen den Zürcher Gemeinden und dem Kanton Zürich als notwendig. Rund ein Drittel der Gemeindevertreterinnen und -vertreter weiss nicht, ob eine solche Regelung sinnvoll wäre und ca. 11% der Befragten erachten eine Regelung der

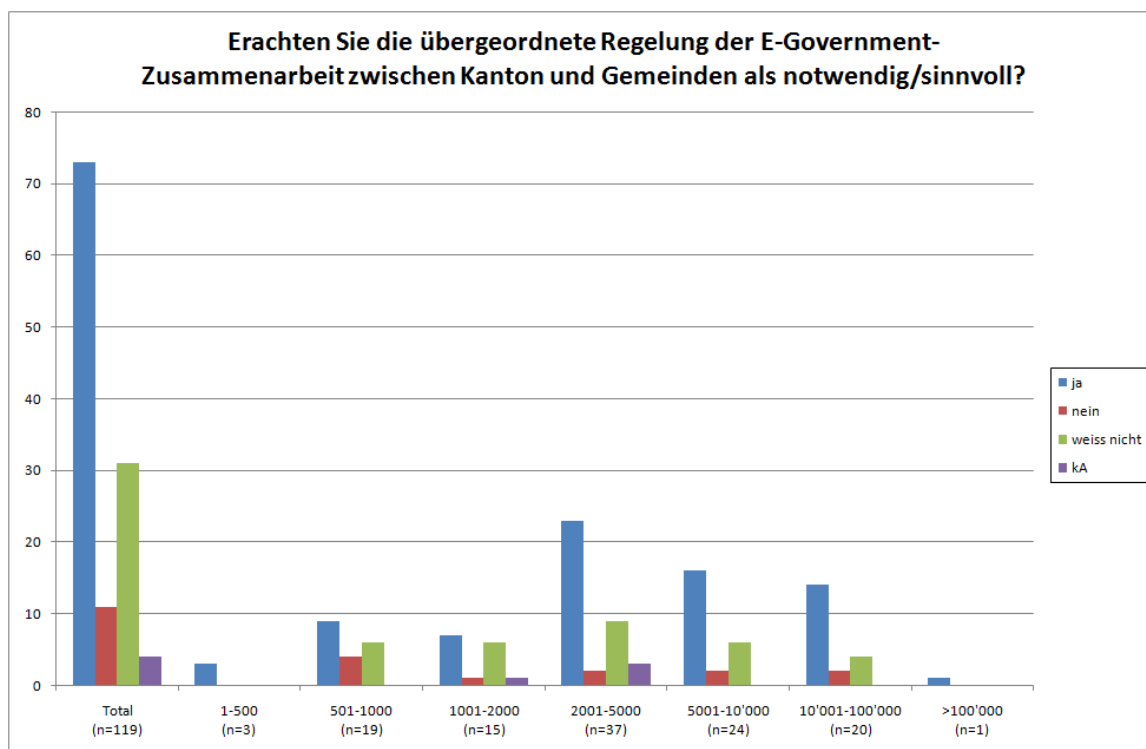


Abb. 3: Regelung der E-Government-Zusammenarbeit

E-Government-Zusammenarbeit zwischen den Zürcher Gemeinden und dem Kanton Zürich als nicht notwendig. Mittलगrosse und grosse Zürcher Gemeinden sprechen sich deutlicher für eine Regelung der E-Government Zusammenarbeit zwischen den Zürcher Gemeinden und dem Kanton Zürich aus als kleine Zürcher Gemeinden.

4.1.5. Regelungsbereiche

Auf die Frage, welche Bereiche in einer Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kanton ZH und Gemeinden geregelt werden sollten, wurden insbesondere die Bereiche *Verantwortlichkeiten*, *Angebote* und *Finanzierung* genannt.

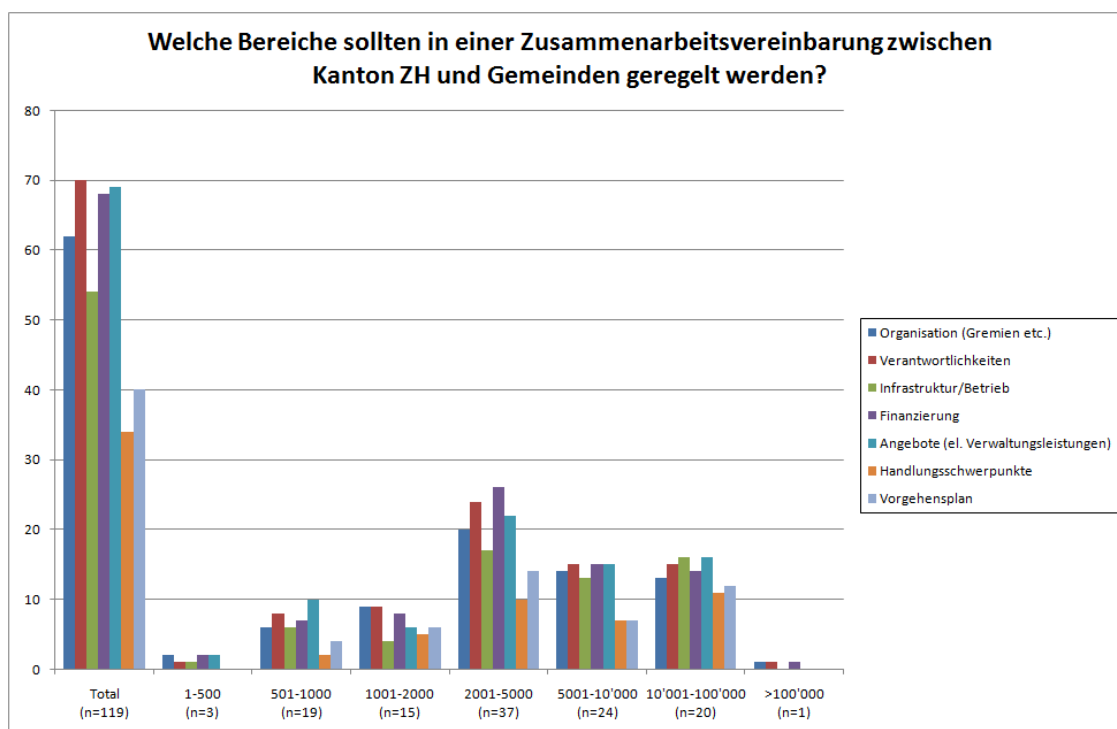


Abb. 4: Regelungsbereiche einer Zusammenarbeitsvereinbarung

4.1.6. Handlungsbedarf/Problembereiche

Den grössten Handlungsbedarf in den nächsten zwei Jahren betreffend der Zusammenarbeit mit dem Kanton sehen Gemeindevertreterinnen und –vertreter in den Bereichen *Koordination und Standards*, *Kosten* und *elektronische Unterschrift* (vgl. Abbildung 5, Seite 9).

Kleinere Zürcher Gemeinden (501-1000 Einwohner) sehen den grössten Handlungsbedarf bei der E-Government-Zusammenarbeit mit dem Kanton im Bereich *Kosten*. Mittलगrosse und grössere Zürcher Gemeinden erachten den grössten Handlungsbedarf im Bereich *Koordination und Standards*.

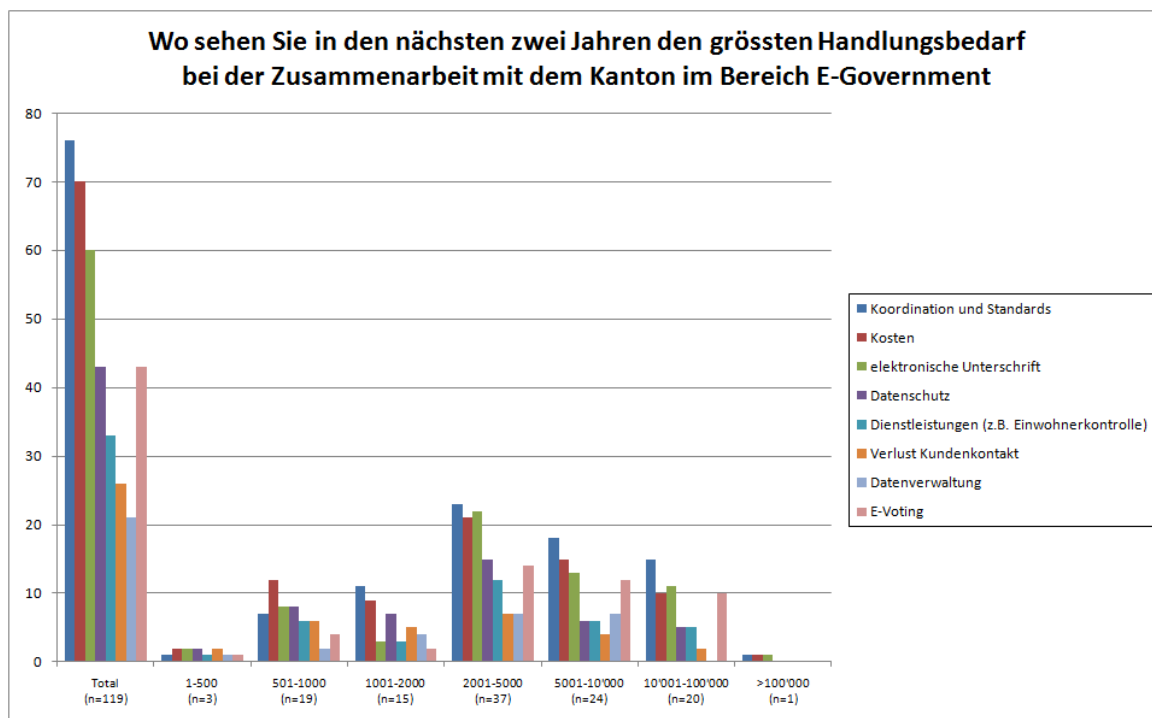


Abb. 5: Handlungsbedarf/Problembereiche

4.1.7. Ausbaubereiche

Auf die Frage, welcher Bereich resp. welcher Dienst in der Gemeinde ausgebaut werden müsste, antworteten rund 57% aller Gemeindevertreterinnen und –vertreter mit *elektronische Formulare*. 50% der Befragten sehen einen zentralen Ausbaubereich im Bereich *E-Voting* und 47% nennen den *Dienst für elektronische Langzeitarchivierung*.

Grössere Zürcher Gemeinden (ab 5001 EW) betrachten E-Voting als wichtigsten Ausbaubereich ihrer Gemeinde.

4.1.8. Bestehende Online-Angebote (Information, Interaktion, Transaktion)

Mit der verbreiteten Absicht, die Dienstleistungsqualität zu verbessern und die steigenden Bedürfnisse der Bevölkerung nach Online-Abwicklung zu erfüllen, haben mittlerweile praktisch alle Gemeinden ein Online-Angebot aufgeschaltet. Die meisten Gemeinden bieten auch eine Online-Kontaktmöglichkeit per Formular oder E-Mail an.

Die Gemeinden verfügen je nach Ressourcen und Grösse über komplett unterschiedliche Voraussetzungen zur Erstellung des Online-Angebots. Ein Minimalset an populären Informationen wie *Kontaktadressen zu Vereinen* oder ein *Entsorgungskalender* haben praktisch alle Gemeinden aufgeschaltet. Viele weitere Informationsleistungen sind bei einer klaren Mehrheit sämtlicher Gemeinden und immerhin einer Mehrheit der Kleinstgemeinden aufgeschaltet.

Gemessen an möglichen Transaktionsdienstleistungen ist auch auf der Ebene der Gemeinden wenig umgesetzt. In der Regel sind solche Lösungen nur selten realisiert: Auf Gemeindestufe sind die am meisten umgesetzten Transaktionslösungen *Wohnsitzbestätigung bestellen* (71%) oder die *Fristerstreckung für die Steuererklärung beantragen* (69%). Komplexere Transaktionsdienstleistungen (z.B. Gesuchseingabe u.ä.) werden nur in den grösseren Gemeinden realisiert (vgl. auch nachfolgende Tabelle).

Bestehende Online-Angebote in ZH Gemeinden (Übersicht)

Informationsangebote	Anzahl
Vereine und Kontaktpersonen (Liste)	111
Abfall und Entsorgung inklusive Entsorgungskalender und -orten	110
Informationen zu Wahlen, Abstimmungen, Abstimmungskalender	103
Informationen über Schule und Bildung: Ferienplanung	103
Veranstaltungskalender (Liste)	99
Informationen zu Regierung und Gemeindeparlament	94
Informationen über Parteien und deren Kontaktperson	93
Ortsplan (Bild, PDF)	62
Informationen im Krisenfall, Krisenstaborganisation	17
Interaktions- und Transaktionsangebote	
Wohnsitzbestätigung bestellen	84
Steuererklärung - Fristerstreckung beantragen	82
Heimatausweis bestellen/verlängern	77
Ortsplan (GIS basiert)	75
Veranstaltungskalender (interaktiv)	75
Handlungsfähigkeitszeugnis bestellen	72
Bewilligung für Festwirtschaft/Tombola/Polizeistunde Verlängerung	61
Wohnsitz abmelden/anmelden	60
Baugesuch einreichen (el. Formulare)	60
GA Flexicard bestellen	49
Sport- und Freizeitanlagen mieten	38
Zivilstandsurkunden bestellen	30
Bestand Gemeinde/Stadtbibliothek einsehen/Ausleihfrist verlängern	25
Hundesteuer/Hundemarke bestellen/bezahlen	25
AHV/Altersrente anmelden	24
Anmeldung Baubeginn, Rohbauabnahme etc.	23
Identitätskarte/neuer Pass beantragen	22
Kindergarten/Primarschule/Sekundarschule anmelden	22
Parkkarten beantragen	20
Steuererklärung ausfüllen/ einreichen	18
Sozialhilfe beantragen	13
Direktes Bezahlen online von einfachen Dienstleistungen	10
RAV Anmeldung	9
E-Petition/E-Referendum/E-Initiative einreichen	0

(Total n=119)

4.2. Umfrage Direktionen Kanton Zürich

4.2.1. Notwendigkeit E-Gov-Regelung

Eine Mehrheit der Direktionen (71%) erachtet die Regelung der E-Government Zusammenarbeit zwischen den Zürcher Gemeinden und dem Kanton Zürich als notwendig. Zwei Direktionen des Kantons Zürich erachteten eine Regelung der E-Government Zusammenarbeit zwischen den Zürcher Gemeinden und dem Kanton Zürich als nicht notwendig.

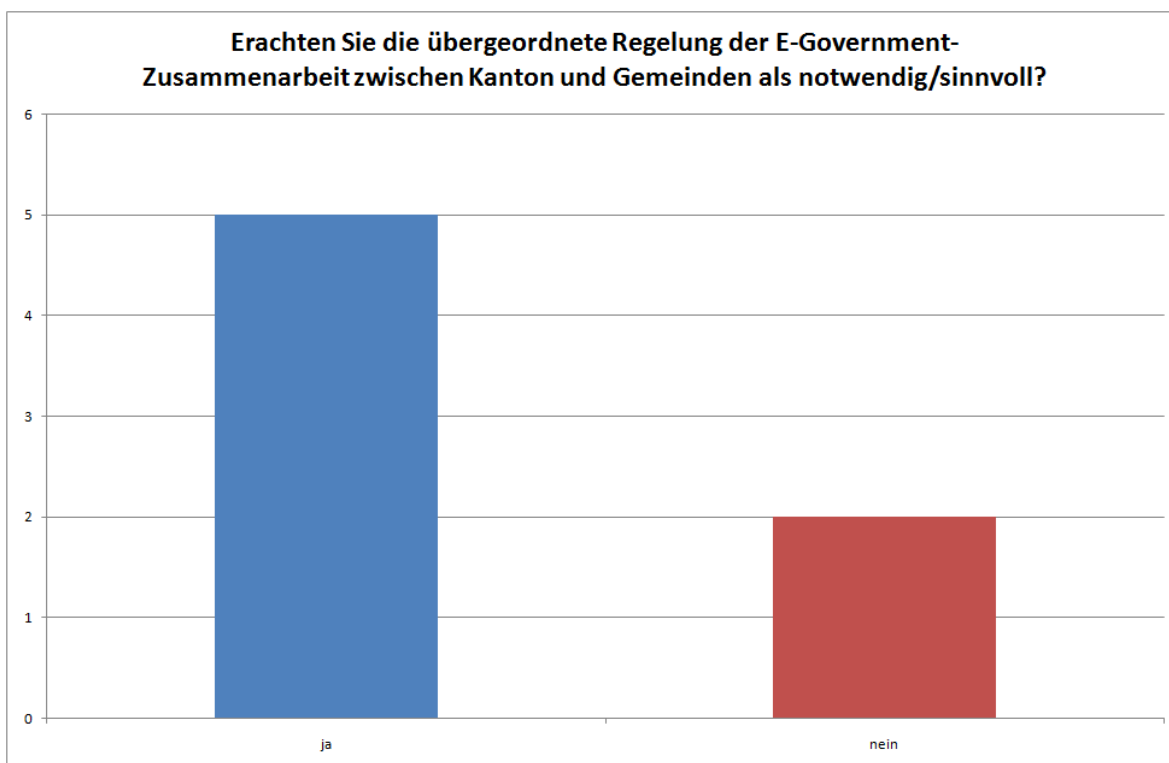


Abb. 6: Regelung der E-Government-Zusammenarbeit

4.2.2. Regelungsbereiche

Auf die Frage, welche Bereiche in einer Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Kanton ZH und den Gemeinden geregelt werden sollten, wurden insbesondere die Bereiche *Verantwortlichkeiten und Angebote* genannt. Als weitere wichtige Regelungsbereiche nannten die Direktionen die Bereiche *Infrastruktur/Betrieb* und *Finanzierung*.

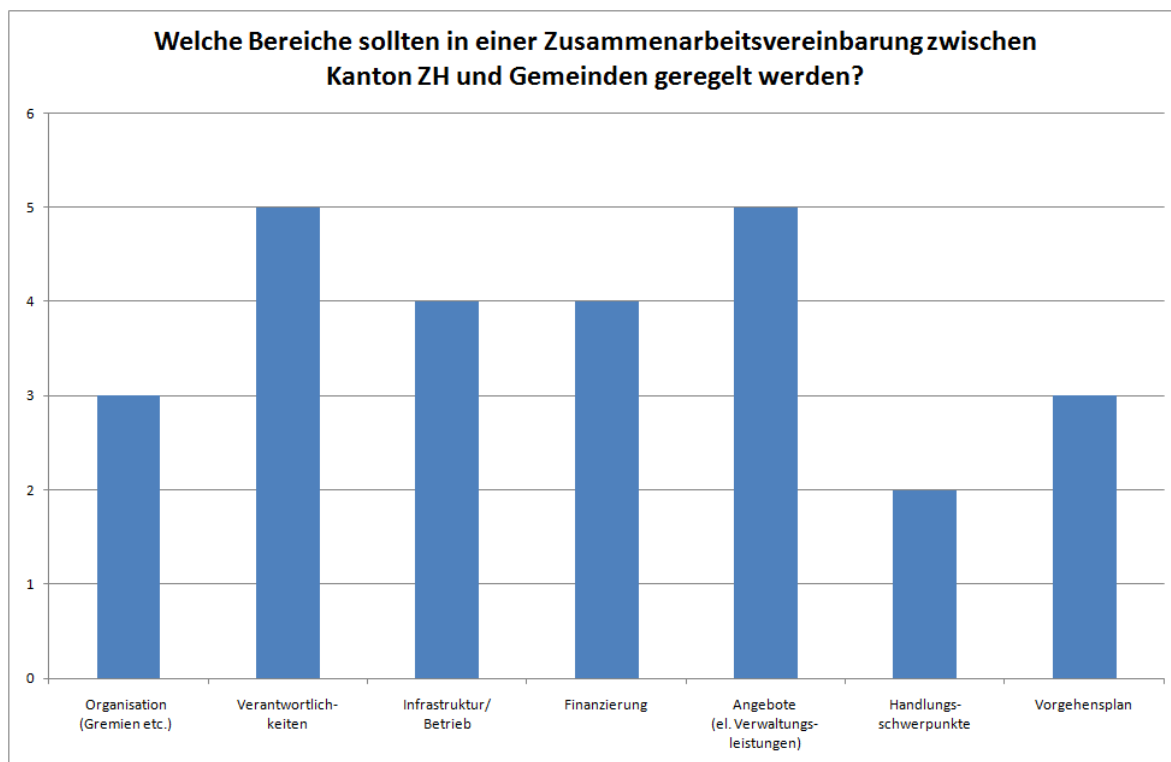


Abb. 7: Regelungsbereiche einer Zusammenarbeitsvereinbarung

4.2.3. Handlungsbedarf

Den grössten Handlungsbedarf in den nächsten zwei Jahren betreffend der Zusammenarbeit mit den Gemeinden sehen Vertreterinnen und –vertreter der Direktionen in den Bereichen *Datenschutz, Koordination und Standards und elektronische Unterschrift*.

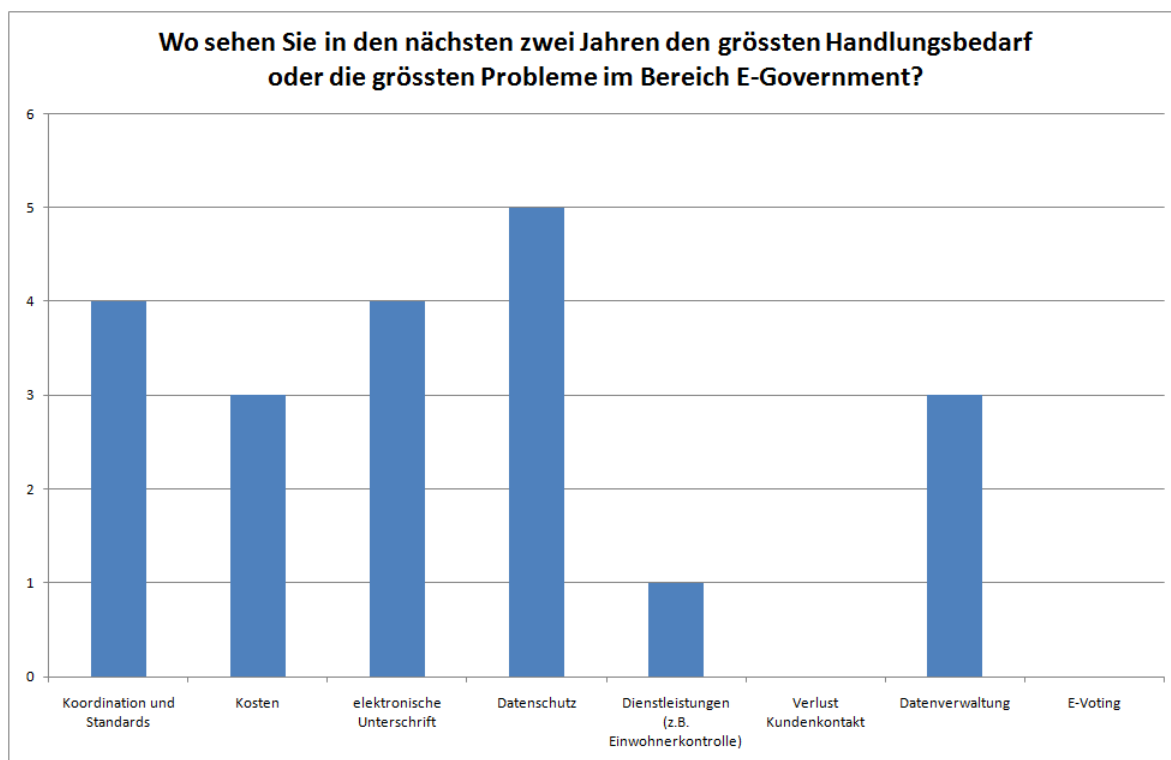


Abb. 8: Handlungsbedarf/Problembereiche

4.3. Vergleich der Resultate und Fazit

Eine Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter der Zürcher Gemeinden wie auch der Direktionen des Kantons Zürich erachtet eine Regelung der E-Government Zusammenarbeit als notwendig. Übereinstimmung zwischen Gemeinden und Kanton besteht zudem bezüglich der Bereiche, welche in einer Zusammenarbeitsvereinbarung prioritär geregelt werden sollten: Es sind dies insbesondere die Bereiche *Verantwortlichkeiten und Angebote*. Von den Gemeindevertreterinnen und –Vertretern ebenso hoch gewichtet ist der Bereich *Finanzierung*.

Den grössten Handlungsbedarf in den nächsten zwei Jahren betreffend der E-Government-Zusammenarbeit zwischen Kanton und Zürcher Gemeinden sehen sowohl Gemeindevertreterinnen und –vertreter, als auch Vertreterinnen und Vertreter der Direktionen in den Bereichen *Koordination und Standards und elektronische Unterschrift*. Während die Gemeinden den Kostenbereich als weiteren kritischen Bereich betrachten, sieht die Kantonsseite beim Bereich *Datenschutz* weiteren Handlungsbedarf.

Die hohe Rücklaufquote (vor allem bei der Gemeindeumfrage), der hohe Anteil an Ja-Stimmen für eine E-Government-Zusammenarbeit im Kanton Zürich und der hohe Grad an übereinstimmenden Antworten bezüglich prioritär zu regelnden Bereiche, legitimiert die Fortsetzung der Arbeiten im Rahmen des vorliegenden Projektes und ebnet den Weg für eine noch zu definierende Form der Formalisierung der E-Government-Zusammenarbeit zwischen Zürcher Gemeinden und dem Kanton Zürich.

Die Zürcher Gemeinden präsentieren sich äusserst heterogen, sind insgesamt von relativ kleinräumiger Struktur und verfügen je nach Ressourcen und Grösse über komplett unterschiedliche Voraussetzungen zur Erstellung des Online-Angebots. Diverse Informationsdienstleistungen sind bei einer Mehrheit der Gemeinden aufgeschaltet. Anders zeigt sich die Situation bei möglichen Transaktionsdienstleistungen - diese sind auf der Ebene der Gemeinden wenig umgesetzt. Komplexere Transaktionsdienstleistungen (wie z.B. Gesuchseingabe u.ä.) werden gar nur in den grösseren Gemeinden realisiert. Damit Transaktionsdienstleistungen auf breiter Ebene und mit vertretbarem Aufwand realisiert werden können, braucht es verstärkte Koordination in der Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton und Gemeinden, Standardisierung, klarere Regeln und den Durchbruch bei der elektronischen Unterschrift.

Anhang

A. Fragebogen Gemeinden

Einleitung

Ziel von E-Government ist es, die Verwaltungstätigkeit durch Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) so effizient und wirtschaftlich wie möglich zu gestalten. Konkret umfasst E-Government den Einsatz von IKT für die Bereitstellung öffentlicher Leistungen zur Unterstützung und Gestaltung der Prozesse innerhalb der kantonalen Verwaltung sowie zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung, der Wirtschaft (inkl. Organisationen/Verbände) und anderen Behörden.

1) Wählen Sie bitte Ihre Gemeinde

2) Besteht in Ihrer Gemeinde/Stadt eine E-Government-Strategie?

- ja
- nein
- weiss nicht

Wenn Frage 2 = ja

2a) Lehnt sich die E-Government-Strategie an die E-Government-Strategie des Kantons Zürich an?

- ja
- nein
- weiss nicht

3) Sind in Ihrer Gemeinde/Stadt die Verantwortlichkeiten im Bereich E-Government klar geregelt?

- ja
- nein
- weiss nicht

wenn 3 = ja

3a) Organisationsform

.....

4) Setzen Sie in Ihrer Gemeinde (E-Government-) Standardsoftware (z.B. von Ruf, nest, VRSG) ein?

- Ruf
- nest
- VRSG
- andere (bitte eintragen)

5) In welchen fachlichen Bereichen bestehen bereits Grundlagen oder Vereinbarungen zwischen Ihrer Gemeinde und Ämtern bzw. Direktionen des Kantons ZH (bitte Bezugsinformationen angeben)?

.....

6) Erachten Sie die übergeordnete Regelung der E-Government-Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden als notwendig und/oder sinnvoll?

- ja
- nein
- weiss nicht
- keine Angabe

Wenn Frage 6 = ja

7) Welche Bereiche sollten in einer Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kanton ZH und Gemeinden geregelt werden?

- Organisation (Gremien etc.)
- Verantwortlichkeiten
- Infrastruktur/Betrieb
- Finanzierung
- Angebote (elektronische Verwaltungsleistungen)
- Handlungsschwerpunkte
- Vorgehensplan
- andere (bitte eintragen)

8) Wo sehen Sie persönlich in den nächsten zwei Jahren den grössten Handlungsbedarf oder die grössten Probleme bei der Zusammenarbeit mit dem Kanton im Bereich E-Government?

- Koordination und Standards
- Kosten
- elektronische Unterschrift
- Datenschutz
- Dienstleistungen (z.B. Einwohnerkontrolle)
- Verlust Kundenkontakt
- Datenverwaltung
- E-Voting
- andere (bitte eintragen)

9) Welcher Bereich/Dienst müsste in Ihrer Gemeinde ausgebaut werden?

- Rechtsgrundlagen
- Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung
- Dienst für elektronische Langzeitarchivierung
- Dienst für elektronische Formulare
- Datenverwaltung
- CMS (Content Management System)
- E-Voting
- SIDAP (übergreifender sicherer el. Datenaustausch)
- LEUNET (Netzwerk-Infrastruktur)
- andere (bitte eintragen)

10) Bitte geben Sie für die folgenden Bereiche an, ob in Ihrer Gemeinde heute ein Online-Angebot (Information, Interaktion, Transaktion) vorhanden (=angekreuzt) ist.

- Informationen zu Wahlen, Abstimmungen, Abstimmungskalender
- Informationen zu Regierung und Gemeindeparlament
- Informationen über Parteien und deren Kontaktperson
- Informationen über Schule und Bildung: Ferienplanung
- Informationen im Krisenfall, Krisenstaborganisation
- Vereine und Kontaktpersonen (Liste)
- Abfall und Entsorgung inklusive Entsorgungskalender und Entsorgungsorten
- Veranstaltungskalender (Liste)
- Ortsplan (Bild, PDF)
- Ortsplan (GIS basiert)
- Veranstaltungskalender (interaktiv)
- Kindergarten/Primarschule/Sekundarschule anmelden
- Heimatausweis bestellen/verlängern
- Wohnsitz abmelden/anmelden

- Wohnsitzbestätigung bestellen
- Zivilstandsurkunden bestellen
- Handlungsfähigkeitszeugnis bestellen
- RAV Anmeldung
- Sozialhilfe beantragen
- AHV/Altersrente anmelden
- Identitätskarte/neuer Pass beantragen
- Baugesuch einreichen (el. Formulare)
- Anmeldung Baubeginn, Rohbauabnahme etc.
- Direktes Bezahlen online von einfachen Dienstleistungen
- Steuererklärung ausfüllen/ einreichen
- Steuererklärung - Fristerstreckung beantragen
- Hundesteuer/Hundemarke bestellen/bezahlen
- Parkkarten beantragen
- Bewilligung für Festwirtschaft/Tombola/Polizeistunde Verlängerung
- GA Flexicard bestellen
- Bestand Gemeinde/Stadtbibliothek einsehen/Ausleihfrist verlängern
- Sport- und Freizeitanlagen mieten
- E-Petition/E-Referendum/E-Initiative einreichen

11) Sie sind persönlich (mehrere Antworten möglich):

- GemeindeschreiberIn/StadtschreiberIn
- Stv. GemeindeschreiberIn/StadtschreiberIn
- E-Government Verantwortliche/r
- Kommunikationsverantwortliche/r
- Finanzverwalter/in
- Informatikverantwortliche/r
- andere (bitte eintragen)

Kontaktperson

Vorname*

Name*

e-Mail*

B. Fragebogen Direktionen

- 1) **Erachten Sie eine übergeordnete Regelung der E-Government-Zusammenarbeit zwischen Kanton ZH und Zürcher Gemeinden als notwendig und/oder sinnvoll?**
- Ja
 Nein
- 2) **Welche Bereiche sollten in einer Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kanton und Gemeinden geregelt werden?**
- Organisation (Gremien etc.)
 Verantwortlichkeiten
 Infrastruktur (technisch) und Betrieb
 Finanzierung
 Elektronische Angebote (Verwaltungsleistungen)
 Handlungsschwerpunkte
 Vorgehensplan
 andere (bitte eintragen):
- 3) **In welchen fachlichen Bereichen bestehen bereits Grundlagen oder Vereinbarungen zwischen Ihrer Direktion bzw. den Ämtern Ihrer Direktion mit den Gemeinden (bitte Bezugsinformationen angeben)?**
- >>> bitte eintragen:
- 4) **Wo sehen Sie in den nächsten zwei Jahren den grössten Handlungsbedarf oder die grössten Probleme im Bereich E-Government?**
- Koordination und Standards
 Kosten/Finanzierung
 elektronische Unterschrift
 Datenschutz
 Dienstleistungen für Private und Unternehmen
 Verlust Kundenkontakt
 Datenverwaltung/Datenhoheit
 E-Voting
 andere (bitte eintragen):